

## Stadtrat

### Protokoll

SR-Nr: 1. Stadtratssitzung  
Datum SR-Sitzung: 30. Januar 2023  
Beginn: 19:00 Uhr  
Schluss: 20:25 Uhr  
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 3 und 4 vom 19. und 26. Januar 2023 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

---

#### Teilnehmer:

<b>Stadtratspräsident</b>	Yves Greisler
<b>Stimmzähler</b>	Urs Wüthrich, Mirjam Bucher
<b>Mitglieder des Stadtrates</b>	Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Thomas Gerber, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi, Adrian Merz, Andreas Stettler, Sybille Zingg Righetti, Ulrich von Känel, Ian Thompson, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Sabrina Rohrbach, Damaris Hauser, Walter Bangerter, Urs Wüthrich, Debra Marti, Karin Karrer-Siegenthaler, Macarena Matutis Robin, Josef Timoteo Jenni, Christian Hedinger, Mirjam Bucher, Hermann Dür, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Jonas von Allmen, Katharina Thurnheer, Tanja Blume, David Hirschi, Anette Vogt, Philipp Schärf
<b>Entschuldigt</b>	Jürg Grimm, Carmen Baumeler, Elias Maier, Claudia Fankhauser
<b>Stadtpräsident</b>	Stefan Berger
<b>Mitglieder des Gemeinderates</b>	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb
<b>Entschuldigt</b>	-

<b>Stadtschreiber</b>	Stefan Ghioldi
<b>Auskunftspersonen</b>	-
<b>Protokoll</b>	Brigitte Henzi

---

**Traktanden:**

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 7. November 2022	3
- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 12. Dezember 2022	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	5
- Ersatzwahl GPK	5
- Abrechnung Öffentliche Beleuchtung Sanierung und Erneuerung	6
- Motion SP-Fraktion betreffend Einführung eines vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs	6
- Motion SP-Fraktion betreffend Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen; Verlängerung Erfüllungsfrist	9
- Motion GLP-Fraktion betreffend Abschaffung Unterzeichnung Wahlvorschlag; Verlängerung Erfüllungsfrist	11
- Postulat SP-Fraktion betreffend Digitale Wahlhilfe in Burgdorf (smartvote); Verlängerung Erfüllungsfrist	11
- Dringliches überparteiliches Postulat SP, Grüne und EVP betreffend Teuerungsausgleich für städtische Angestellte	12
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Stadtklima	16
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	16

### **Appell**

Der durch den Stimmenzähler Wüthrich Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

---

### **Traktandenliste**

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

---

SRB: 2023-617 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 7. November 2022**

#### **Verhandlung**

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 7. November 2022.

---

SRB: 2023-618 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 12. Dezember 2022**

#### **Verhandlung**

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 12. Dezember 2022.

---

SRB: 2023-619 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Informationen des Stadtratspräsidenten**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Greisler Yves begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung im Jahr 2023. Im Speziellen begrüsst er als neues Mitglied im SR Hirschi David und wünscht ihm viel Freude im Amt.

### **Antrittsrede Stadtratspräsident Yves Greisler**

Ich habe ehrlich gesagt bei meiner Wahl ins Stadtparlament vor gut sieben Jahren nicht damit gerechnet, dass ich einmal das Präsidium innehaben werde. Ich freue mich deshalb umso mehr auf mein Jahr als Ratspräsident und den damit verbundenen Aufgaben. In meinem beruflichen Alltag befasse ich mich mit Optik, was aus dem Altgriechischen stammt und bedeutet "zum Sehen gehörend". Der Mensch hat bekanntlich fünf Sinne, dabei wird unsere Umgebung zu rund 80 Prozent alleine über die Augen wahrgenommen und mehr noch, wir denken, träumen und sprechen in Bildern. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass ich mich vor allem mit Fehlsichtigkeit auseinandersetze. Meine Kundinnen und Kunden haben aufgrund anatomischer Veränderungen am oder im Auge Abbildungsfehler des realen Umfelds. Es liegt bei ihnen in der Regel nicht daran, dass sie etwas nicht sehen wollen, sondern daran, dass sie es nicht können. Es gibt dabei auch kein Richtig oder Falsch. Meine Aufgabe besteht darin, bei diesen Menschen eine analytische Bestandesaufnahme zu machen, um zu verstehen, wie und mit welchen Hilfsmitteln ihnen ihre Abbildung der Realität möglichst genau zurückgegeben werden kann. Zum Teil haben meine Kundinnen und Kunden utopische oder unrealistische Vorstellungen, was optische Hilfsmittel bei ihnen bewirken können, aber meist finden wir gemeinsam eine gute Lösung, selbst wenn Kompromisse bezüglich des Komforts eingegangen werden müssen. Als ich in den letzten Tagen über meine Antrittsrede nachdachte, stellte ich fest, dass das, was ich in meinem Alltag erlebe, eine schöne Metapher dessen ist, was unsere gemeinsame Arbeit hier im Stadtrat betrifft. Ich behaupte nicht, dass unsere unterschiedlichen Sichtweisen auf Themen, mit welchen wir uns befassen, eine Fehlsichtigkeit ist. Die Sichtweisen unterscheiden sich aufgrund von unserer politischen Ausrichtung. Wir können dabei unterschiedliche Meinungen nicht einfach mit einer Brille zurechtrücken und so biegen, dass wir alle stets den perfekten Konsens finden. Das ist nicht realistisch und auch gar nicht nötig. Notwendig und wichtig ist aber meines Erachtens, dass wir immer versuchen, durch eine analytische Bestandesaufnahme aller Ansichten und Bedürfnisse den Blickwinkel und die Sichtweisen der anderen zu verstehen. Manchmal lohnt es sich dabei, den Blick nach rechts, nach links oder zur Mitte schweifen zu lassen, um nichts zu übersehen. Das bedeutet sicher nicht, dass wir gleicher Meinung sein müssen. Schliesslich sieht ein Kurzsichtiger nicht dasselbe wie ein Weitsichtiger. Aber mittels geeigneter Argumentation und Lösungsbereitschaft können wir uns annähern und einen Konsens finden, auch wenn allerseits Abstriche gemacht werden müssen. Manchmal hilft es vielleicht, wenn wir uns im übertragenen Sinne die Brille der anderen politischen Gesinnung aufsetzen und den Blickwinkel ändern. Logischerweise erhalten wir dabei ein scheinbar verzerrtes Bild, aber es mag uns dabei helfen, zu verstehen, was die Gegenseite mit ihrer Ansicht meint. Mit Blindheit ist bei uns ja glücklicherweise niemand geschlagen. Für mein Amtsjahr wünsche ich mir offene Augen. Ich wünsche mir, dass wir alle weiterhin analytisch und sachlich darlegen können, wie wir Dinge sehen und empfinden. Ich wünsche mir, dass rosarote Brillen zu Hause bleiben, denn rosarote Gläser verfälschen das Abbild unserer Realität auf unnatürliche Art und Weise. Ich wünsche mir, dass wir uns alle auch nach harter Debatte immer wieder in die Augen sehen können. Ich wünsche mir ein konstruktives und kollegiales Miteinander und ein schielendes Auge über die eigene Parteilinie oder -grenze hinaus zum Wohle aller Mitmenschen in unserer schönen Stadt. Ich verspreche euch, dass ich immer mit gut geputzten Brillengläsern an die Stadtratssitzungen erscheinen werde und dabei das Wesentliche im Blick, aber auch die kleinen Details im Auge behalten werde. In diesem Sinne freue ich mich auf eine gute, wertschätzende Zusammenarbeit.

Stadtratspräsident Greisler Yves informiert über die besuchten Anlässe. Er hat am Neujahrsapéro der Regierungsstatthalterin in Langnau teilgenommen. Begleitet wurde er vom 2. Vizestadtratspräsident Schärf Philipp. Anwesend war zudem auch Stadtratspräsidentin 2022 Liechti-Lanz Esther. Der Stadtratsausflug 2023 wird von Der Mitte organisiert. Termin und Details folgen zu gegebener Zeit. Voten, Vorstösse und Aufträge bitte elektronisch einreichen bei Henzi Brigitte. Termin dafür ist jeweils am

Montagmittag vor der Stadtratssitzung. Wer Vorstösse und Aufträge später einreicht, soll diese auch ausgedruckt an die Stadtratssitzung mitbringen. Die Interessenbindungen des SR sind auf der Homepage der Stadt Burgdorf aufgeschaltet. Der SR wird gebeten, diese zu überprüfen und allfällige Änderungen Henzi Brigitte mitzuteilen. Die Sitzordnung des SR wird an der heutigen Sitzung neu erfasst. Der SR wird gebeten, die Mikrofone nicht auszuschalten. Der SR hat ein Mail von Stadtschreiber Ghiboldi Stefan betreffend Zufriedenheitsumfrage 2022 des SR erhalten. Die Umfrage soll bis am 11. Februar 2023 möglichst zahlreich ausgefüllt werden. An der heutigen Sitzung werden zum letzten Mal Mineralwasserflaschen angeboten, ab der nächsten Sitzung gibt es wieder Wasserkaraffen.

---

SRB: 2023-620 | Registratur-Nr. 1.7.1  
**Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Verhandlung**

Stadtpräsident Berger Stefan informiert über die Stromversorgung der REZE AG. Im Dezember hat man den Strom in der REZE noch nicht abgeschlossen, sondern erst für ein Quartal. An der letzten Verwaltungsratssitzung konnte der Vertrag für den Strom abgeschlossen werden. Man hat den Strom für die Jahre 2023 bis 2026 abgeschlossen. Der Betrag beläuft sich zwischen 22 und 14.8 Rappen. Der Betrieb in der REZE ist sichergestellt, der Strom geht nicht aus.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice informiert ebenfalls über die Energie. Man soll nicht nur sparen, sondern auch darüber reden. Werte liegen noch nicht vor. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt für den Artikel in der Berner Zeitung BZ vom 20. Dezember 2022, verfasst von Barben Dölf. Im Artikel stand, dass die Auswertung Ende Jahr erfolgt und man den SR informiert. Die Auswertung erfolgt jedoch nach der Wintersaison und nicht Ende Jahr. An der nächsten Stadtratssitzung im März erfolgen die Auswertungen und weitere Informationen. In den Sitzungszimmern der Bildungsdirektion wird extrem gespart, denn dort ist es eiskalt. Man kann trotzdem gut sitzen, es geht zügig voran, was gut ist.

---

SRB: 2023-621 | Registratur-Nr. 1.7.1  
**Ersatzwahl GPK**

### **Verhandlung**

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass er sich im Moment in einer Auszeit befindet und ab Februar mehrere Monate auf Wanderschaft gehen wird. Primär um sich ein paar Träume zu verwirklichen und den Horizont zu erweitern. Aufgrund dieser Situation hat er schweren Herzens entschieden, das GPK-Mandat nach zwei Jahren niederzulegen. Man weiss aber, dass mit Stadtrat von Känel Ulrich eine Person das Mandat antreten möchte, die mehr als valabel ist. Stadtrat von Känel Ulrich ist bekannt, trotzdem noch ein paar Worte über ihn. Persönlich kennen und schätzen gelernt hat ihn Stadtrat Schärf Philipp bereits im Jahr 2011 als man gemeinsam auf der Brücke in Hasle die GLP Emmental gegründet hat. Er wohnt schon lange in Burgdorf und ist sogar mit einer Burgdorferin verheiratet. Seine drei erwachsenen Kinder und zwei Enkel sind ihm besonders wichtig. Wie es sich gehört, hat eine solche vielschichtige Persönlichkeit auch noch diverse Hobbies und zwar vom Imkern über Agility mit den eigenen Hunden bis zum Alpinismus im SAC Burgdorf. Beruflich ist

er Geschäftsführer der Sonderpädagogischen Institution, namens Fokus Jugend, in Kriegstetten. Davor hat er während drei Jahren in der Beratung gearbeitet und war 17 Jahre Geschäftsführer in einem KMU in der Lebensmittelindustrie. Bildungsmässig hat er Chemiker HTL, ein Nachdiplomstudium Unternehmensführung und ein Lehrgang in Finance for Executives auf dem Buckel. Er ist zudem in Burgdorf gut vernetzt und steht diversen Gefässen, wie dem Verein Arche Burgdorf und der GLP als Präsident vor. Kurz zusammengefasst ist Stadtrat von Känel Ulrich ein empathischer, verbindender und sachkundiger Zeitgenosse. Stadtrat Schärf Philipp kann Stadtrat von Känel Ulrich für das Amt vollumfänglich empfehlen.

#### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat wählt Ulrich von Känel, Burgdorf, GLP, als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig bei 1 Enthaltung die Anträge.

---

SRB: 2023-622 | Registratur-Nr. 2.11.1

#### **Abrechnung Öffentliche Beleuchtung Sanierung und Erneuerung**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK, des Gemeinderates (GR) und des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

Die Kreditabrechnung für die Sanierung und Erneuerung öffentliche Beleuchtung, mit Ausgaben von CHF 2'364'230.07 und Minderausgabe von CHF 15'769.93, wird genehmigt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

---

SRB: 2023-623 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Motion SP-Fraktion betreffend Einführung eines vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass dieser Vorstoss die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben in der städtischen Personalpolitik verbessern will. Die Stadt Burgdorf unterstützt das und sieht es als eine von vielen Möglichkeiten, sich als fortschrittlichen und familienfreundlichen Arbeitgeber zu positionieren. Mit der Einführung eines vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs von drei Wochen kann

die Stadt Burgdorf seine Arbeitgeberattraktivität weiter stärken und es wäre ein Fortschritt zum Schutz der Gesundheit von Mutter und Kind. Mit der Einführung hätten schwangere Frauen Klarheit, dass sie drei Wochen vor der errechneten Niederkunft von der Arbeit entlastet werden. Sie müssen dafür also nicht zum Arzt gehen, welcher ihnen ein Arzzeugnis mit 100 Prozent Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit attestiert. Für alle ein Mehrwert und eine Erleichterung. Für die Stadt Burgdorf als Arbeitgeber bringt dieser vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub unter anderem folgende Vorteile bezüglich der Planungssicherheit und vermindert das Risiko für unvorhergesehene und plötzliche Absenzen. Auch aus finanziellen Gründen spricht nichts gegen einen freiwillige dreiwöchigen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub. Die Stadt Burgdorf trägt auch ohne vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub die Kosten für Absenzen oder für Stellvertretungen, da nicht jeder Ausfall durch Mehrleistungen im Team oder durch eine Verzichtplanung aufgefangen werden kann und die Krankentaggeldversicherung kommt erst ab dem 61 Tag zum Tragen. Auch wenn auf nationaler Ebene entsprechende Anstrengungen unternommen werden, erachtet man eine Umsetzung losgelöst von der Motion Wasserfallen auf Bundesbern als sinnvoll. Es stärkt die Stadt Burgdorf als familienfreundlichen Arbeitgeber, ist modern und setzt Zeichen. Der GR bittet den SR, die Motion zu überweisen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die ausführliche Stellungnahme und insbesondere auch für die Beantwortung der Fragen im online Tool. Stadträtin Bannwart Gabriela will hier und heute keine Biologielektion halten, aber die Perspektive aus dem Blickwinkel der am stärksten Betroffenen, der werdenden Mutter, muss doch noch kurz miteinbezogen werden. Gewöhnlich dreht sich das Kind etwa drei bis vier Wochen vor der Geburt mit dem Kopf nach unten in die richtige Geburtsposition. Mit dieser Wendung sinkt es tiefer ins Becken. Das Kind hat im Becken nun weniger Bewegungsfreiheit, es macht sich dafür deutlicher durch Tritte und Stösse bemerkbar. Gelegentlich drückt es auch mit dem Kopf gegen den Beckenboden. Es kommt zu so genannten Senkwehen, die sich für die Schwangere anfühlen wie echte Wehen. Es drückt, es tritt und es schmerzt. Damit haben wir auch die Gründe festgehalten, warum nur die wenigsten Frauen, auf die Stadt Burgdorf angewendet konkret 4 von 24 Frauen in den letzten vier Jahren, weniger als drei Wochen vor der Niederkunft krankgeschrieben sind. Eine Schwangerschaft ist keine Krankheit, aber definitiv keine Lappalie, der Körper vollbringt Höchstleistungen während rund 40 Wochen. Die Auswirkungen von ungenügend Ruhe während der Schwangerschaft und insbesondere kurz vor der Niederkunft können verheerend sein, gesundheitlich für die Schwangere und das Un- oder Neugeborene, was dann auch für die Arbeitgebenden finanzielle Auswirkungen hat. Ein vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub gewährt eben diese dringend nötige Ruhepause vor der Niederkunft und das ohne die Hürde, ein Arzzeugnis abholen zu müssen. In seiner Stellungnahme zeigt der GR die Vorteile auf, die ein solcher für die Stadt Burgdorf als Arbeitgeberin hätte, Stichwort ist Planungssicherheit. Der GR zeigt auf, wann welche Versicherung greift oder eben nicht, und dass ein vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub kaum finanzielle Auswirkungen hätte. Also eine Win-Win-Situation. Und wenn wir bei jedem Geschäft auf eine nationale Lösung warten würden, könnten wir den Stadtratsbetrieb hier und jetzt einstellen. Die SP-Fraktion wird dem Antrag zur Annahme selbstverständlich geschlossen zustimmen.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass das Gesetz für erwerbstätige Mütter ein Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen vorsieht. Die Mutterschaftsentschädigung beträgt nach Gesetz 80 Prozent des Lohnes. Viele KMUs aus der Region und Gemeinden richten sich nach diesen gesetzlichen Vorgaben. Die Stadt Burgdorf gewährt heute bereits 16 Wochen Mutterschaftsurlaub mit 100 Prozent Entschädigung. Die umliegenden Länder Deutschland und Frankreich gewähren total 14 respektive 16 Wochen Mutterschaftsurlaub. Diese Zeit kann in vorgeburtlichen und nachgeburtlichen Urlaub aufgeteilt werden. In der Regel drei bis sechs Wochen vor der Geburt. Aus Sicht der Mitte-

Fraktion ist es unbestritten, dass eine Lösung für den Mutterschutz vor der Niederkunft braucht. Allerdings braucht es eine nationale Lösung, um alle Frauen gleich zu behandeln. Ein Alleingang der Stadt Burgdorf mit 19 Wochen Mutterschaftsurlaub hält man für einen voreiligen Schritt. Dadurch würden die angestellten Frauen der Stadt Burgdorf gegenüber allen andern stark bevorzugt. Wasserfallen Flavia hat eine Motion auf nationaler Ebene eingereicht. Es lohnt sich deshalb, auf den Entscheid des Nationalrates zu warten. Deshalb lehnt die Mitte-Fraktion die Motion ab.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man die Motion betreffend vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub grossmehrheitlich ablehnt. Dies aber nicht materiell, sondern weil auf kantonaler Ebene wie auch auf nationaler Ebene bereits an einer Lösung gearbeitet wird. Man ist daher der Meinung, dass man für eine Burgdorfer Lösung das Rad nicht extra neu erfinden muss und man deshalb vor dieser Diskussion zur Motion den nationalen Entscheid abwartet. Wird die Motion angenommen, bedeutet das Aufwand für die Ausarbeitung, welche allenfalls bei einer nationalen Lösung wieder überarbeitet werden muss. Darum, wie bereits erwähnt, lehnt die SVP-EDU-Fraktion aus verfahrensökonomischen Gründen die Motion grossmehrheitlich ab.

Stadtrat Jenni Josef Timoteo, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man es sich gut überlegt hat und es spannend ist die verschiedenen Argumente zu hören. Es ist klar, dass eine nationale Lösung besser wäre. Die Stadt Burgdorf kann es sich leisten, eine Vorreiterrolle einzunehmen und etwas in Sachen Mutterschutz zu machen. Es ist nötig, zeitgemäss und man muss sich nicht immer mit dem Schlusslicht der Statistik vergleichen. Man kann sich auch einmal mit denen vergleichen, die im Mittelfeld sind. Das macht Burgdorf attraktiver für Fachfrauen und man braucht es in Zukunft. Die EVP-Fraktion wird sich geschlossen anschliessen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man indirekt beziehungsweise direkt betroffen ist. Normalerweise ist man zu fünft, heute jedoch nur zu zweit. Nicht überraschend hat die FDP-Fraktion eine andere Sichtweise als die Motionäre und der GR und zwar einstimmig, auch wenn man zwei junge Väter im Team hat. Stadträtin Fankhauser Claudia hätte ihre Sicht als Kaderfachfrau in der Privatindustrie heute darlegen sollen. Das Votum hat Stadtrat Kämpf Jürg übernommen und noch ziemlich ausgeschmückt. Grundsätzlich sieht die FDP-Fraktion kein Anlass, warum die Stadt Burgdorf, bevor solche Themen auf Bundesebene oder zumindest auf kantonaler Ebene diskutiert oder gesetzlich geregelt werden, vorprescht. Alle sprechen immer von Chancengleichheit am Arbeitsmarkt von Mann und Frau. Gleichzeitig wird die Frau aber immer mehr als Sonderfall in der Berufplanung und Karriereentwicklung behandelt. Ist das wirklich der Wille von allen Frauen, die ihren beruflichen Weg und Aufstieg selbstbestimmt und eigenverantwortlich gehen wollen? Brauchen diese Frauen wirklich immer mehr auf allen Ebenen einen gesetzlichen Schutz? Ist es für die Anstellung der Frauen, vor allem in der Privatindustrie, förderlich, wenn jetzt nochmals eine Sperrfrist von drei Wochen weiter gewährt wird? Der Mutterschutz und Kinderschutz sind heute bereits gegeben. Wer heute vorgeburtliche Probleme hat und sich nicht mehr in der Lage fühlt die Arbeit zu erfüllen, darf mit einem ärztlichen Zeugnis Zuhause bleiben und sich schonen. Bei der Stadt Burgdorf selbstverständlich mit 100 Prozent Lohn, statt der gesetzlich vorgeschriebenen 80 Prozent. Warum braucht es eine weitere Bevormundung der Frau? Wenn man liest, dass die sitzende und eher ruhige Büroarbeit sich eher negativ auf die körperlichen Voraussetzungen der Geburt auswirkt, muss daraus abgeleitet werden, dass es absolut keine Arbeit gibt, die sich vorgeburtlich fördernd auswirkt. Wie wirkt das der Erwerbstätigen auf die nicht erwerbstätigen Mütter, welche die Hausarbeit erledigen und bereits vorhandene Kinder betreuen und eigenverantwortlich für ihren Schutz besorgt sind und wahrnehmen? Was ist das Motto? Selber schuld, sie arbeiten halt nicht. Man fragt sich auch, wo führt es schlussendlich hin? Was ist das nächste Begehren? Wäre natürlich toll, wenn der Vater vielleicht vor-



geburtlich zumindest zwei Wochen Zuhause sein könnte und dies auf Kosten des Arbeitgebers. Irrendwie macht es nachdenklich und man fragt sich nach den Beweggründen für eine solche Motion. Ist es eher politisch oder gesellschaftlicher Art? In der Begründung des GR die Motion anzunehmen, wird man erst recht nachdenklich. Es geht dem GR gar nicht um den Mutterschutz und Kinderschutz, sondern zählt ausschliesslich attraktiv fördernde und organisatorische Vorteile auf und unterstreicht es nochmals im Schlusssatz. In Tat und Wahrheit ist es eigentlich ein weiteres voreiliges Leuchtturmprojekt des GR, welcher den Steilpass der SP-Fraktion auf seine ganz eigene Art aufgenommen hat. Das kommt bei der FDP-Fraktion gar nicht gut an.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man aus zwei Gründen zustimmen wird. Man steht materiell hinter diesem Vorstoss. Es ist eine Evidenz da, dass es Sinn macht. Die Personen fehlen aufgrund körperlichen Gründen sowieso und es dadurch organisatorische Vorteile geben kann. Zweitens prescht man mit der Burgdorfer Lösung nicht vor, so dass es später Verluste geben sollte, wenn zu einem späteren Zeitpunkt eine nationale Lösung nachgezogen wird.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man eigentlich nichts sagen wollte, aber aufgrund von ein paar eigenartigen Voten ergreift man trotzdem das Wort. Es tönt nach "Gott bewahre, dass man den Frauen etwas tut, das ihnen etwas nützt und sie brauchen können". Es wird sogar von Sperrfrist gesprochen. Es wäre deshalb vielleicht auch mal gut, wer so eine Aussage macht, auch mal schwanger wäre und vielleicht wäre er danach anderer Meinung. Es gibt wirklich nichts, das dagegenspricht. Dass andere Länder weniger haben, ist überhaupt kein Problem, denn irgendjemand muss ja anfangen und voraus gehen. Es gibt keinen Grund dagegen zu sein und denken, was die Frauen dann sonst noch alles wollen. Die Grünen-Fraktion wird geschlossen zustimmen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara kann der Argumentation der Bürgerlichen Kollegen und Kolleginnen leider nicht folgen. Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara spricht sich eher in der Argumentation der anderen Stadträtinnen und Stadträte aus. Stadtrat Merz Adrian hat es treffend gesagt, dass es nicht schlimm ist, wenn man als Stadt Burgdorf einmal voraus geht und den Frauen entgegenkommt. An die Adresse der Bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen wird die Familie sehr oft als die tragende Zelle der Gesellschaft gestellt. Wenn wir eine Gesellschaft wollen, müssen wir auch die Reproduktion unterstützen. Es ist ein kleiner Beitrag, den die Stadt Burgdorf leistet und ihr fällt kein Zacken zur Krone heraus deswegen. Ende Jahr wird man finanziell nicht vor dem Nichts stehen.

### **Abstimmung**

Annahme

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 25 Ja und 10 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

---

SRB: 2023-624 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Motion SP-Fraktion betreffend Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen; Verlängerung Erfüllungsfrist**

### **Verhandlung**

Stadratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Stadtpräsident Berger Stefan zu den Traktanden 8 bis 10 zusammenfassend Stellung nehmen wird. Der SR wird aber einzeln über die Traktanden abstimmen.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass er aus Effizienzgründen zu allen drei Verlängerungsanträgen sprechen wird. Die Vorstösse stehen im Zusammenhang mit den nächsten Gemeindewahlen 2024. Betreffend Smartvote haben im Jahr 2021 bereits Gespräche mit den Fraktionspräsidien stattgefunden und das Vorgehen wurde diskutiert. An der Stadtratssitzung vom 8. Februar 2021 hat man darüber diskutiert. Zuerst muss die Wahl respektive das Zusatzmodul beschlossen werden und im Anschluss muss der Fragebogen zusammen mit der Lokalpolitik entwickelt werden. Es geht dabei aber auch um die Bereitstellung der Smartvote-Website, die Meldung der Kandidierenden für Wahlen sowie der Hinweis auf Smartvote beim Versand des Wahlmaterials. Die Entwicklung des Fragebogens soll im Herbst 2023 abgeschlossen sein. Im Winter 2023 soll die Website für Smartvote bereitstehen. Im August 2024 erfolgt die Meldung der Kandidierenden. Der Versand des Wahlmaterials erfolgt im Oktober 2024 und die Auswertungen im November und Dezember 2024. Der GR ist dankbar und froh, wenn der SR die Erfüllungsfrist des Vorstosses verlängert. Die Einführung des elektronischen Abstimmungssystem wird auf das Projekt Smartvote abgestimmt und soll im Stadtratsbetrieb bis Ende 2024 implementiert sein. Die Abklärungen für ein elektronisches Abstimmungssystem sind am Laufen. Eventuell gibt es Verknüpfungspunkte zum Smartvote. Die Frage der Parteifinanzierung betrifft das gleiche Thema. Wie sind die Parteien und Wahlen finanziert? Die Abklärungen zu diesem Thema sind ebenfalls am Laufen. Bern ist dabei für einmal voraus. Man wird schauen wie es Bern umgesetzt hat und wie es in Burgdorf umgesetzt werden kann. Wenn der SR der Verlängerung der Erfüllungsfrist nicht zustimmen wird, ist das gleichbedeutend wie einer nicht oder teilweisen erfüllten Abschreibung. Wenn der SR die Erfüllungsfrist nicht verlängert, zeigt man stillschweigend, dass man kein Interesse an der Erfüllung der Vorstösse hat. Warum man die Anliegen der Vorstösse erst jetzt angeht, ist aus Gründen der Effizienz.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man der Verlängerung der Erfüllungsfrist zustimmen wird. Man will schliesslich eine Lösung, die durchdacht ist und standhält. Es ist klar, dass es für die Ausarbeitung noch Zeit braucht, auch um die Reglemente anzupassen. Man erwartet aber, dass sich der GR an seine Aussage hält, dass alles parat ist für die Wahlen im Jahr 2024. Damit man nicht alles wiederholen muss, gilt das Votum für die Traktanden 8 bis 10.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, ist erfreut zu hören, dass der GR auch nicht böse wäre, wenn man nicht zustimmen würde. Beim Traktandum 8 wurde auf Bundesebene eine entsprechende Grundlage betreffend Transparenz bei der Politikfinanzierung geschaffen. Die Verordnung ist am 23. Oktober 2022 in Kraft getreten. Die Motion wurde eingereicht unter anderem mit der Begründung, dass die Stadt Burgdorf vorausgehen kann und man zeigt, dass man Transparenz schaffen will. Man ist einverstanden, dass es auf Bundesebene Sinn macht. Dass es aber auch auf kommunaler Ebene durchgesetzt werden muss, und einerseits die Verwaltung beschäftigen müssen mit der Ausarbeitung eines weiteren Reglements und andererseits jede Partei in Burgdorf zukünftig jährlich den Aufwand auf sich nehmen muss, ist unverhältnismässig. Aus diesen Gründen wird die SVP-EDU-Fraktion dieser Verlängerung nicht zustimmen. Man fragt sich auch, wo die Vernunft geblieben ist, wenn man alles reglementieren und neue Gesetze und Verordnungen ausarbeiten will. Wir befinden uns bereits in einer Gesetzesflut. Transparenz bezüglich Offenlegung der Politikfinanzierung ist gut und recht, aber nicht mit dem Versuch es zwanghaft auf kommunaler Ebene durchzuführen.

ren. Man hat den Eindruck, dass man diesbezüglich in Burgdorf kein Problem hat. Die SVP-EDU-Fraktion wird unter Berücksichtigung der gesamten Umstände der Verlängerung vom Traktandum 8 nicht zustimmen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass es ein getroffener demokratischer Entscheid war dieses Geschäft zu überweisen. Heute wird keine Grundsatzdebatte geführt, ob man für oder gegen eine Offenlegung ist. Fakt ist, das Geschäft wurde überwiesen und den demokratischen Entscheid gilt es zu akzeptieren. Es heute wieder abzuwürgen, sei dahingestellt.

#### **Abstimmung**

Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 26 Ja und 9 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

---

SRB: 2023-625 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Motion GLP-Fraktion betreffend Abschaffung Unterzeichnung Wahlvorschlag; Verlängerung Erfüllungsfrist**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

---

SRB: 2023-626 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Postulat SP-Fraktion betreffend Digitale Wahlhilfe in Burgdorf (smartvote); Verlängerung Erfüllungsfrist**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

## **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

---

SRB: 2023-627 | Registratur-Nr. 1.7.1

## **Dringliches überparteiliches Postulat SP, Grüne und EVP betreffend Teuerungsausgleich für städtische Angestellte**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass bei diesem Geschäft die Unterscheidung von Teuerungsausgleich und individuelle Lohnmassnahmen wichtig ist. Im 2022 belief sich die Jahresteuern auf +2.8 Prozent. Nicht abgebildet darin sind andere gestiegene Kosten wie zum Beispiel die Krankenkassenprämien. Beim Ausgleich der Teuerung orientiert sich die Stadt Burgdorf grundsätzlich an der kantonalen Regelung, so dass für die Mitarbeitenden der Stadt Burgdorf ein Teuerungsausgleich von 0.5 Prozent vorgenommen wurde. Der aktuell gewährte Teuerungsausgleich ist nicht ausreichend um damit die effektive Teuerung auszugleichen und führt zu einem Reallohnverlust für alle Mitarbeitenden. Ein Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten oder dem Bund zeigt deutlich, dass die Stadt Burgdorf hier Handlungsbedarf hat um auch weiterhin als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen zu werden. Dementsprechend unterstützt der GR das Anliegen der Postulanten einen Teuerungsausgleich von 1.5 Prozent zu gewähren und dankt für die Überweisung des Postulates. Bei einer allfälligen Ausarbeitung will man prüfen, wie dieser zusätzliche Teuerungsausgleich nach sozialwirksamen Kriterien umgesetzt werden kann. Für individuelle Lohnmassnahmen standen im 2023 gemäss Beschluss des SR vom 2. November 2020 ein Prozent der Lohnsumme zur Verfügung. Allfällige Rotationsgewinne werden im Gegensatz zum Kanton nicht für Lohnmassnahmen verwendet. Man will transparent bleiben, auch bei den Lohnmassnahmen und der Teuerung. Die Teuerung wird auch im laufenden Jahr ein grosses Thema bleiben.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft intensiv und kontrovers diskutiert hat. Es gibt durchaus für beide Seiten gute Argumente. Grundsätzlich gehört die Diskussion aber in den Rahmen der Budgetdiskussion. Die Stadt Burgdorf hat einen doch ziemlich sozial ausgerichteten GR, der auch Handlungsspielraum hat um Lohnmassnahmen zu gewährleisten für tiefere Löhne, die entsprechend berücksichtigt werden müssen. Bereits in der Budgetdiskussion war das Thema bekannt. Wie es Stadtpräsident Berger Stefan vorhin gesagt hat, hat der SR im November 2020 nach langen und intensiven Diskussionen der Vorlage zugestimmt und den Lohnwachstum von 1 Prozent für Lohnmassnahmen gewährleistet. Die GLP-Fraktion hat diesem Entscheid zugestimmt. Das heisst aber auch, dass in Jahren ohne Teuerung ein Lohnwachstum möglich war. Das auch im Vergleich zur Privatindustrie, welche jahrelang keine Lohnmassnahmen gewähren konnte. Das ist aus Sicht der GLP-Fraktion auch richtig. Es ist jetzt aber nicht der Platz und die Zeit über die Teuerungszulage zu diskutieren. Wenn man die Angaben im online Tool anschaut und sieht, dass 24 von 238 Personen im Lohnmaximum sind und keine andere Möglichkeit besteht als die Teuerungszulage. Es sind quasi 10 Prozent, welche oben anstehen und nur 0.5 Prozent erhalten. Immerhin bei 90 Prozent der Mitarbeitenden sind Lohnmassnahmen möglich, in welchem Umfang auch immer. Ein Teil der Fraktion ist der Meinung, dass man dem GR die Chance geben kann und bei der Ausarbeitung der Vorlage ihn mit Sozialkriterien zu versehen. Deshalb hat die GLP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass die Inflation auf die Kaufkraft drückt, aber nicht auf die Kauflust. Gemäss Konjunkturstelle der ETH Zürich ist die Teuerung von 2.8 Prozent zu gering um den Konsum in der Schweiz zu dämpfen. Die Teuerung ist in den letzten Jahren auch vielfach negativ gewesen, trotzdem hat es mehr Lohn gegeben. Für die Mitte-Fraktion ist es unbestritten, dass die Stadt Burgdorf einen gewissen Spielraum für Gehaltserhöhungen haben muss. Allerdings müssen die Gehaltserhöhungen genau betrachtet und differenziert ausgestaltet werden. Im Budget der Stadt Burgdorf ist bereits eine Lohnerhöhung von 1 Prozent vorgesehen. Für den Teuerungsausgleich gilt das Personalreglement der Stadt Burgdorf und diese sieht eine kantonale Regelung von 0.5 Prozent im Jahr 2023 vor. Mit einem Teuerungsausgleich von 1.5 Prozent würde das eine Lohnerhöhung von 2.5 Prozent ergeben. Die Kantonsangestellten erhalten mit allen Lohnmassnahmen 2 Prozent mehr Lohn. Für das laufende Jahr haben die wenigsten Angestellten in der Schweiz eine solche Lohnerhöhung erhalten. Zudem können viele KMUs aus der Region und umliegende Städte und Gemeinden die Löhne nicht in diesem Ausmass erhöhen. Die Forderung nach einem generellen Teuerungsausgleich von 1.5 Prozent ist aus diesen Gründen nicht nachvollziehbar. Von der Teuerung sind vor allem Personen mit einem tiefen Einkommen betroffen. Deshalb dürfen Gehaltserhöhungen nicht nach dem Giesskannenprinzip über alle Gehaltsklassen erfolgen. Zudem ist es auch bedenklich, wenn die kantonale Regelung ausgehebelt wird, wenn etwas nicht so passt. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat deshalb ab.

Stadtrat Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass es verschiedene Formen gibt um als Arbeitgeberin und als Stadt Burgdorf die Wertschätzung auszudrücken. Die EVP-Fraktion sieht eine darin, dass man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Stadt Burgdorf den Teuerungsausgleich zugesteht. Wir wissen alle, wie die Situation aktuell ist und was es für eine Belastung ist. Es stellt sich die Frage, wen es stärker trifft und wen weniger. Für eine soziale Gerechtigkeit ist man dafür, dass alle städtischen Angestellten die Teuerung erhalten. Die EVP-Fraktion wird zustimmen.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass Lohndiskussionen eine emotionale Angelegenheit sind. Das liegt in der Natur der Sache. Ökonomisch ist es klar falsch zu argumentieren, dass mit steuerfinanzierten Lohnerhöhungen die Volkswirtschaft belebt werden kann. Wir müssen immer daran denken, dass der Beitrag den man bezahlt zuerst jemandem weggenommen werden muss. Den Steuerzahlenden, es sind in der Vorlage von Fr. 200'000.-- die Rede, wird das Geld weggenommen. Diese können den Betrag weder in der Oberstadt noch in einem anderen Geschäft ausgeben. Ausgeben können es dafür die Empfänger. Mit anderen Worten, volkswirtschaftlich gesehen, ist es völlig neutral, wenn man von steuerfinanzierten Lohnerhöhungen spricht. Die öffentlichen Ausgaben, das gilt generell, muss man den Scheinwerfer auf beide Seiten richten, nämlich auf diese, die etwas bekommen und die anderen, die etwas geben beziehungsweise denen man etwas wegnimmt. Der Ansatz ist deshalb etwas breiter. Man geht davon aus, dass ein Zielkonflikt vorliegt. Es gibt zwei Faktoren. Erstens, der Kanton gibt für den Teuerungsausgleich bei den Löhnen 0.5 Prozent vor. Im Jahr 2023 kann dies als sozial unbefriedigend angeschaut werden. Die Finanzen der Stadt Burgdorf sind mittelfristig beunruhigend. Die genannten Fr. 200'000.-- sind extrem viel Geld, insbesondere, weil es wiederkehrend wäre. Wenn man nicht Arbeitsstellen einspart oder Kürzungen vornimmt, sind es zum Beispiel nach fünf Jahren 1 Mio. Franken. Dabei besteht der Zielkonflikt. Einerseits die Attraktivität der Stadt Burgdorf für seine Angestellten und andererseits die Attraktivität der Stadt Burgdorf für Steuerzahlende. Diese Zielkonflikte kommen vor und sind das natürlichste auf der Welt. Man hat sich überlegt, wie der Ausweg aussehen könnte. Man kann sich vorstellen, dass es tatsächlich einen Ausweg gibt, indem man eine sozialwirksam abgestufte Anpassung vornimmt. Zum Beispiel Löhne umgerechnet auf eine 100 Prozentstelle mit Bruttolöhnen zwischen Fr. 0.-- und

65'000.-- werden mit 0.5 Prozent gemäss Kanton und 1 Prozent wie es der GR vorsieht. Diese Personen haben es sozial am Nötigsten. Die mittlere Kategorie mit Bruttolohn zwischen Fr. 65'000.-- und 100'000.-- werden mit 0.5 Prozent gemäss Kanton und 0.5 Prozent zusätzlich durch die Stadt Burgdorf ausgeglichen. Das Lohnsegment über Fr. 100'000.-- erhalten die 0.5 Prozent gemäss Kanton. Wenn man die Verteilung so machen würde, wären wohl bei weitem auch nicht die Fr. 200'000.-- notwendig. Ein solcher Verteilschlüssel wäre sozial einigermaßen gerecht und wäre auch für den Steuerzahlenden einigermaßen akzeptabel. Mit einer solchen sozial wirksamen abgestuften Kompromisslösung im Hinterkopf wäre für die SVP-EDU-Fraktion eine Zustimmung zu dieser Vorlage durchaus denkbar. Man ist gespannt auf den Vorschlag des GR, ob so etwas abgebildet wird. Man muss den Scheinwerfer auf beide Seiten richten, auf diejenigen die etwas bekommen, aber auch auf diejenigen, bei denen man etwas wegnimmt.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der Vorstoss zur Anpassung des Teuerungsausgleichs der städtischen Angestellten selbstverständlich unterstützt wird, den man zusammen mit den Grünen und EVP eingereicht hat. Das Votum von Stadtrat Dür Hermann stimmt schon, aber es spricht niemand von einer Steuererhöhung. Man nimmt niemandem mehr weg. Die SP-Fraktion dankt dem GR für die positive Haltung und der Verwaltung für den speziellen Effort, damit das dringende Postulat trotz Festtage termingerecht beantwortet wurde. Das Anliegen hat man sich bereits beim Budget überlegt, aber weil der Teuerungsausgleich an den Kanton gekoppelt ist, ist man davon ausgegangen, dass es schon gut kommt. Leider hat der Kanton aber die Verantwortung seinen Angestellten gegenüber nicht wahrgenommen. Der Kanton hat nur gerade 0.5 Prozent Teuerung beschlossen, was nun auch für alle subventionierten Organisationen gilt. Es ist also der Zeitpunkt da, dass sich die Stadt Burgdorf darauf besinnt, dass sie gemäss Personalreglement von der Vorgabe abweichen kann. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt Burgdorf für ihre Angestellten attraktiv und konkurrenzfähig bleiben soll. Dies auch im Hintergrund mit dem viel zitierten Fachkräftemangel. Mit dem geforderten zusätzlichen Prozent wird die Jahresteuernachdem Konsumentenindex nur zur Hälfte ausgeglichen. Man entschuldigt sich hier bei allen städtischen Angestellten für die recht magere Forderung, die sogar zusammen mit anderen Lohnmassnahmen für die meisten eine Reallohneinbusse bedeuten wird. In Anbetracht der momentan finanziellen Lage der Stadt Burgdorf wird durch das Postulat eine politische mehrheitsfähige Minimumlösung vorgeschlagen. Die Umsetzung des operativen Geschäftes liegt in der Kompetenz des GR. Man unterstützt aber eine proportional höheren Teuerungsausgleich für Angestellte mit tieferem Lohn. Ein Dank an dieser Stelle an die städtischen Angestellten für die geleistete Arbeit, gerade in letzter Zeit war es nicht überall einfach. Die SP-Fraktion findet, dass der vorgeschlagene minimale Teuerungsausgleich eigentlich selbstverständlich sein sollte. Die SP-Fraktion dankt für die Unterstützung des Anliegens.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass die Steuern grundsätzlich immer jemandem weggenommen werden. Es wäre noch so recht, wenn man eine Notenpresse hätte und es künstlich herstellen könnte. Die Steuern werden zwangsläufig immer jemandem weggenommen. Eine Steuersenkung wäre umso besser. Wenn die Fr. 200'000.-- keine Rolle spielen würde, könnte man eine Steuersenkung machen. Das könnte auch ein Vorschlag sein, ist aber nicht die Meinung. Irgendjemand im SR sollte auch für die Steuerzahlenden sprechen. Diese sind ebenfalls von der Teuerung betroffen. Man plädiert deshalb für einen Kompromissvorschlag.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass es um ein Postulat geht und der SR in der Märzsession erneut darüber diskutieren kann. Man weiss jetzt noch gar nicht wie die Vorlage aussehen wird. Wir haben einen Fachkräftemangel und die Stadt Burgdorf ist auch keine Insel, man hat mehr Fluktuationen, das ist allgemein so. Die Arbeitnehmer sind für einmal ein bisschen am längeren Hebel. Deshalb muss man auch Sorge tragen zu den Angestellten. Deshalb ist es mehr

als Recht, die 1.5 Prozent zu gewähren. Die Jahresteuern betragen 2.8 Prozent und ist der Wert per Ende Jahr. Die ganze Stromgeschichte ist dabei noch nicht enthalten. Die Teuerung wird noch wesentlich in die Höhe schnellen, wenn die ersten Stromrechnungen eintreffen. Die Grünen-Fraktion wird selbstverständlich das Postulat überweisen.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass in Anlehnung an die Ausführungen des Stadtpräsidenten Berger Stefan zu den Traktanden 8 bis 10 bei Smartvote die Frage stehen könnte, ob man es gut findet, dass man Ende Januar wie die alte Fasnacht noch einmal über die Löhne diskutiert. Zudem wurde gesagt, dass man auch nicht böse ist, wenn der SR es ablehnt. Es ist unklar, ob es für Traktandum 11 auch gilt. Lohnverhandlungen sind immer schön, wenn man etwas verteilen kann, das vorher erwirtschaftet wurde. Es gibt auch Personen, die dankbar sind und Merci sagen, dass es etwas gegeben hat. Es gibt aber auch Personen, die immer unzufrieden sind, dass es zu wenig gegeben hat. Das kommt daher, dass die Lohnverhandlungen keine exakte Wissenschaft sind, sondern ein Abwägen zwischen dem was man hat und was man machen kann. Man hat sich auf ein Lohnsystem geeinigt und daran muss festgehalten werden. Man soll nicht davon abweichen, denn macht man es einmal, wird es auch in Zukunft gemacht. Diesen Grundsatz sollte man deshalb nicht verletzen. Die Stadt Burgdorf lehnt sich dabei an den Kanton an. Bei der Umfrage des HIV Emmental vom letzten Herbst zur Teuerung gab es Firmen mit 0 Prozent, rund ein Viertel bei 0.5, 1, 1.5 oder 2 Prozent und einige wenige über 2 Prozent. Mit den 1.5 Prozent, die gesprochen worden sind in Form von 0.5 Prozent generell und 1 Prozent individuell, ist man durchaus gut im Schnitt in der Region Emmental. Mit 2.5 Prozent ist man deutlich über dem Schnitt. Bei den Lohnverhandlungen kommt man immer mehr weg vom Giesskannenprinzip. Die allgemeine Lohnerhöhung und der Teuerungsausgleich sind nicht mehr opportun. Es gab auch nie Lohnkürzungen bei einer negativen Teuerung, man hatte trotzdem Lohnerhöhungen gewährt. Es gibt viel mehr individuelle Lohnerhöhungen und Einmalprämien. Das Abstimmungsergebnis wird wohl wie bei Traktandum 6 ausfallen, 25 zu 10 Stimmen und 1 Enthaltung. Der GR soll sich bei der Ausarbeitung überlegen, wo man die Fr. 200'000.– einsparen könnte. Die Budgetdebatte wurde bereits geführt. Es wurden viele Sparübungen gemacht, damit ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden konnte. Zudem soll überlegt werden, ob man es als einmaligen Zuschuss umsetzt und nicht als allgemeine Lohnerhöhung, die jedes Jahr wiederkehrend ist.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, möchte präzisieren, dass man bei einer Zustimmung im Hinterkopf hat, dass ein sozial abgestuftes System, das deutlich unter den Fr. 200'000.-- kommen muss. In diesem Sinn wird die SVP-EDU-Fraktion zustimmen. Die Vorlage wird sowieso dem SR vorgelegt und dann werden die Zahlen vorliegen. Heute wird man zustimmen, man geht jedoch davon aus, dass die eingebrachten Äusserungen berücksichtigt werden.

### **Abstimmung**

Annahme

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 29 Ja und 7 Nein Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2023-628 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Interpellation SP-Fraktion betreffend Stadtklima**

#### **Verhandlung**

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Man ist jedoch nur teilweise befriedigt. Der GR musste auf zwei der drei Fragen mit Nein antworten. Das ist zwar ehrlich, zeigt aber auch auf, dass es noch grossen Handlungsbedarf gibt. Die Klimakrise wird sich immer mehr auf die Lebensqualität von uns allen auswirken. Schon jetzt gibt es regelmässig Hitzesommer, welche das Leben mitten in einer Stadt fast unerträglich machen. Insbesondere für ältere Personen ist dies sehr gefährlich. Wenn wir für mehr Grünraum sorgen, Bäume pflanzen und die Strasse von Asphalt befreien, wirkt sich das positiv auf das Stadtklima und somit auf das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner von Burgdorf aus. Nicht zuletzt dank dem Einsatz des Klimastreiks wurde auch in Burgdorf vom SR der Klimanotstand ausgerufen. Jetzt ist es an der Zeit, Worte in Taten umzusetzen und das Klima in unserer Stadt zu verbessern. Man kann sich also sicher sein, dass zu diesem Thema noch mehr kommen wird im SR.

#### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

---

SRB: 2023-629 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Verschiedenes und Unvorhergesehenes**

#### **Verhandlung**

Es wird folgender parlamentarischer Auftrag eingereicht:

- Auftrag SP-Fraktion betreffend Einführung von gratis Menstruationsprodukten in Toiletten von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man anlässlich des Stadtratsausfluges 2022 das Vogeldorf in Alchenstorf besucht hat und die Sachen entsprechend aufgenommen hat. Man ist froh, dass ein erstes Vogelhotel in Burgdorf erstellt wird und zwar auf dem Betrieb von Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara und Lüthi Urs. Im Moment wird die Baubewilligung eingereicht. Zudem wird ein Flyer für das Sponsoring erarbeitet. Man kann solche Hotels mieten oder beim Aufstellen ein Dach mieten sowie das Fundament oder eine Stange sponsern. Man hofft, dass die Baubewilligung rasch erfolgt und im Frühling das erste Vogelhotel in Burgdorf erstellt werden kann. Der SR wird entsprechend Post erhalten. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara und Lüthi Urs.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, stellt das neue Ratsmitglied der EVP-Fraktion, Stadtrat Hirschi David, vor. Stadtrat Hirschi David ist Nachfolger von Blaser Julia. Er wohnt im Meienfeldquartier und beruflich ist er bei der BLS AG Lokführer und Probefahrleiter. In seiner Freizeit ist er gerne unterwegs beim Wandern, Biken oder auf dem Velo.

Stadtrat Schärf Philipp knüpft an sein vorletztes Votum an und transparent über seine Situation informieren. Er gönnt sich eine Auszeit und wird sich in den nächsten Monaten geographisch etwas dis-



tanzieren. Er wird deshalb einige Male im SR fehlen. Er hat es mit seiner Fraktion inhaltlich und materiell sowie mit dem Stadtratsbüro organisatorisch abgeklärt, ob es in Ordnung sei. Lieber wäre die Stellvertretungsregelung, aber die gibt es noch nicht, wird aber bald umgesetzt. Stadtrat Schärf Philipp wird maximal dreimal fehlen und spätestens an der Septembersitzung wieder zurück sein. In seiner Zeit als Stadtrat hat er bis jetzt nur einmal gefehlt und zwar aufgrund einer Krankheit. Wichtig ist, dass Stadtrat von Känel Ulrich ab sofort das Fraktionspräsidium ad Interim führt. Für wichtige Sachen wird Stadtrat Schärf Philipp trotzdem erreichbar sein. Für weitere Fragen und Auskünfte steht er im anschließenden Schlummertrunk zur Verfügung. Die erste Runde wird er übernehmen. Man soll die Gelegenheit nutzen, man weiss nie, wie lange man das kann.

Stadtratspräsident Greisler Yves teilt mit, dass die nächste Stadtratssitzung am 27. März 2023 um 19.00 Uhr stattfindet. Im Hotel Stadthaus ist für den heutigen Schlummertrunk reserviert. Die erste Runde übernimmt traditionsgemäss der Vorsitzende. Stadtrat Schärf Philipp darf die zweite Runde übernehmen.

---

Burgdorf, 23. Februar 2023

Namens des Stadtrates



Yves Greisler  
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi  
Protokollführerin